Öffentliches Wort des Evangelischen Kirchenkreises Soest zur Hexenverfolgung, Buß-und Bettag 20. November 2013

Vom 16. bis 18. Jahrhundert wurden im Gebiet des Evangelischen Kirchenkreises Soest hunderte von Frauen und Männern wegen angeblicher Hexerei gefoltert, verurteilt und grausam hingerichtet, unabhängig davon, ob die Gebiete evangelisch (Grafschaft Mark) oder katholisch (Herzogtum Westfalen) waren. Die Kirche nahm in aller Regel aktiv Teil am Hexenwahn.

Sie hat sich damit an den Opfern der Hexenverfolgung schuldig gemacht, hat Unschuldige verteufelt und die Hexenprozesse im Namen des Glaubens unterstützt. Das, was viele Menschen damals im Namen des Glaubens erlitten haben, ist für uns keine erledigte Vergangenheit. Der Missbrauch des christlichen Glaubens in jener Zeit gehört zur Schuldgeschichte der Kirche. Wir können das vor langer Zeit geschehene Unrecht nicht wieder gut machen. Aber wir können die Erinnerung wach halten und der Opfer gedenken.

Jesus Christus wurde unschuldig gefoltert und hingerichtet. Gott hat den von den Menschen Verworfenen ins Recht gesetzt. Von Jesus Christus her gedenken wir der Opfer staatlicher, ziviler und eben auch kirchlicher Gewalt in der Zeit der Hexenverfolgung. Von ihm her wollen wir als Christinnen und Christen heute aufmerksam sein, wo Menschen Verfolgung und Gewalt erleiden. In ihrem Leid sehen wir das Leid Jesu Christi.

Gott hat den Menschen nach seinem Ebenbild erschaffen. Daraus leitet sich für uns die unverfügbare Würde eines jeden Menschen ab, wie sie sich in den Menschenrechten manifestiert. Hexenverfolgung war ein eklatantes Beispiel der Missachtung von grundlegenden Menschenrechten – ohne dass es diesen Begriff bereits gegeben hätte – wie körperliche Unversehrtheit, Recht auf Leben, Gerichtsverfahren nach rechtsstaatlichen Grundsätzen u.v.m. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen weder diskriminiert, noch verteufelt, noch unschuldig verurteilt werden. Wir unterstützen die weltweiten Bemühungen, die Folter und die Todesstrafe in jedem Land abzuschaffen.

Die Akten der damaligen Hexenprozesse können uns sensibilisieren für soziale Gewalt in unserem Alltag, in unserer Nähe. Heutiges Mobbing kann in seinen Mechanismen und seine Absichten erschreckende Ähnlichkeit haben mit den aus den Gerichtsakten bekannten Anschuldigungen wegen Hexerei. Es geht darum, sich durch fingierte Vorwürfe bestehender Konkurrentinnen und Konkurrenten zu entledigen. Diese Vorwürfe sind gepaart mit Anwendung psychischer und physischer Gewalt. Wir treten dem Mobbing in Schule und Gesellschaft, am Arbeitsplatz und in der Kirche entschieden entgegen.

Eine rühmliche Ausnahme zum allgemeinen Hexenwahn bildete der in Lippstadt gebürtige evangelische Pfarrer Anton Prätorius (1560-1613). Um 1573 gab es eine Welle von Hexenverfolgungen in Lippstadt in der Zeit Graf Simons VI., dabei sind „etliche Burgers Weiber hinaus geführt und verbrannt worden“. Dieser Hexenprozess beeindruckt den 13-jährigen Anton Schulze (lat. Praetorius) stark und trug zu seinem späteren Widerstand gegen die Hexenverfolgung maßgeblich bei. Er verfasste u.a. 1602 das aufklärerische und engagierte Buch „Gründlicher Bericht über Zauberey und Zauberer“. Zivilcourage zeigt, wer bereit ist, trotz drohender Nachteile für die eigene Person, einzutreten für die Wahrung humaner und demokratischer Werte, für die Rechte anderer Menschen. Anton Prätorius ist ein leuchtendes Beispiel für Zivilcourage. Trotz Nachteilen für seine eigene Person setzte er sich mutig für die Opfer der Hexenverfolgung ein. Wir gedenken dieses Vorkämpfers für die Menschenrechte, dessen Todestag sich am 6. Dezember dieses Jahres zum 400. Male jährt.

Das Themenjahr „Reformation und Toleranz“ im Rahmen der Reformationsdekade steht in Westfalen unter dem Motto „Alle Achtung!“. Die Hexenverfolgungen des 16. bis 18. Jahrhunderts standen im Zeichen von Intoleranz, Vorurteilen, Feindbildern und der systematischen Missachtung von Menschen. Wir brauchen gegenseitige Achtung – in der Schule, am Arbeitsplatz, in der Gesellschaft, in der Kirche. Ohne Achtung für Andersdenkende kann unsere Demokratie nicht

funktionieren, ist ein friedliches Zusammenleben nicht denkbar.